

Gedenkort Fontanepromenade 15:



Kriminalgeschichte des Gedenkens – oder: Alles richtig gemacht im Falschen!

Im November 2016 setzte sich die Stadtteil-Initiative „Wem gehört Kreuzberg“ für einen sofortigen Baustopp ein. (<http://www.wem-gehoert-kreuzberg.de/index.php/Gedenkort-fontanepromenade-15/1015-offener-brief-zum-baubeginn-in-der-fontanepromenade-15>)

Worum ging es? Die Initiative sah den authentischen Ort der Verwaltung „jüdischer Zwangsarbeit“ in der Gefahr, dass ... „ein solcher Geschichtsort der Immobilienspekulation geopfert ... und nicht als Gedenkort ... genutzt“ wird. Daraufhin bildete sich aus verschiedenen geschichts- und stadtteilpolitischen Initiativen heraus die ‚Initiative Gedenkort Fontanepromenade 15‘. Sie wandte sich an die Berliner Öffentlichkeit und zugleich an die Verantwortlichen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene mit der Forderung, diesem authentischen Ort zumindest als einen Gedenkort für sozial-rassistisches Verwaltungshandeln und jüdischer Zwangsarbeit zu nutzen. Öffentlichkeitsarbeit begann. (<https://www.youtube.com/watch?v=WYmHNGhzXo8>) Die Berliner Abendschau drehte.

Zum Jahreswechsel 2016/17 schloss sich die Schriftstellerin Inge Deutschkron dem Protest an. Sie ist eine Zeitzeugin, die 1941 von der „Zentralen Dienststelle für Juden“ zur Zwangsarbeit bei IG Farben in Berlin gezwungen wurde, und sie appellierte nun in einem Offenen Brief an Berliner Kultursenator Lederer und die Bezirksbürgermeisterin Herrmann von Friedrichhain-Kreuzberg, sich dafür einzusetzen... „dass dieses Gebäude eine Nutzung erfährt, die seiner historischen Bedeutung gerecht wird.“ (<http://www.wem-gehoert-kreuzberg.de/index.php/gedenkort-fontanepromenade-15/1151-29-12-2016-offener-brief-von-inge-deutschkron>)

Im Januar 2017 folgten Gespräche der neugegründeten Initiative mit den Eigentümern der

„Fontanepromenade 15 GbR“ mit anschließender Baustellenbegehung und dem Angebot, eines der beiden entstehenden Büros für das Gedenken zu ortsüblichen Mieten zur Verfügung zu stellen. Die Zusage der Eigentümer ging bald ein und ging einher mit der Überlegung, die Hauptstadt-Dependance für ihr Architekturbüro im zweiten Büro einzurichten. (<https://www.taz.de/Umstrittene-Investition/!5371591/>)

Ende Januar folgte das erste Gespräch mit der Kultursenatsverwaltung. Es wurde vereinbart, ein Konzept für die „Schikanepromenade“, wie die „Zentrale Dienststelle für Juden beim Berliner Arbeitsamt (1943-1945) von den Betroffenen genannt wurde, zu erarbeiten. Nach mehrwöchiger Arbeit wurde dann im Mai dem Fachreferat des Senators für Kultur und Europa das umfassende Konzept für einen Informations-, Forschungs- und Begegnungsort vorgelegt und dort für gut befunden. Es wurde daraufhin im Nachbarschaftshaus ‚Urbanstrasse‘ der interessierten Öffentlichkeit des Stadtteils vorgestellt. (http://www.wem-gehoert-kreuzberg.de/images/pdf/Flyer_06_06_2017.pdf)

Kultursenator Lederer sprach sich nun öffentlich für den Gedenkort Fontanepromenade 15 aus.

Nicht zuletzt wegen des Alleinstellungsmerkmals an der Schnittstelle zwischen Juden-Verfolgung und Zwangsarbeit in der Berliner Gedenkstätten Landschaft begründet lag.

Die Baufertigstellung verzögerte sich. Im August 2017 erfolgte ein schriftliches Angebot des Eigentümers an die Initiative mit dem vorab vereinbarten Mietpreis und der Vertragslaufzeit bis 2022. Das Vermietungsangebot wurde zuletzt Anfang Dezember 2017 durch die beauftragte Hausverwaltung der Eigentümer nochmals bestätigt.

Der Konzeptentwicklung folgte das Lobbying der Initiative bei den Fachpolitikern des Berliner Parlaments, was zu einer Beschlussvorlage für die aktuellen Haushaltsberatungen führte. Das Berliner Abgeordnetenhaus beschloss in der Nacht vom 14. Dezember in 3. Lesung unter dem Haushaltstitel 68208 die Finanzierung des Gedenkortes für den Doppelhaushalt 2018/19. Vom Souverän politisch gewollt und mit dem Haushaltsvermerk versehen, dass die „staatliche Verfolgung von Juden“ nicht in Vergessenheit geraten darf, sollte in kooperativer Zusammenarbeit mit der Stiftung ‚Topographie des Terrors‘ die Gedenkstätte eingerichtet werden. (<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1075724.ns-dienststelle-fuer-zwangsarbeit-wird-gedenkort.html>)

Tags darauf trafen sich die Stiftung ‚Topographie des Terrors‘ und die Kulturverwaltung des Landes und Bezirks mit dem Eigentümer. Die Vertreter der Initiative „Gedenkort Fontanepromenade e.V.“ waren hingegen nicht eingeladen. Die Initiatoren erfuhren auf ihre Nachfrage kurz vor Weihnachten vom Eigentümer, dass er jetzt nur noch mit Herrn Nachama von der ‚Topographie des Terrors‘ verhandele.

Die nun erfolgenden Gesprächstermine mit unterschiedlichen Akteuren blieben ohne konkretes Ergebnis für die geschichtspolitischen Bildungsarbeiter, die zeitlich parallel Förderanträge auf Bildungs- und Forschungsarbeit gestellt hatten und auf die Eröffnung des bewilligten Gedenkortes warteten. Herr Nachama hatte zwischenzeitlich seinen Gesprächsauftrag wieder an den zuständigen Kultursenat zurückgegeben.

Die Gedenkort-Experten, die auf die direkten Verhandlungen mit dem Eigentümer gesetzt hatten, wollten längst mit ihrer wissenschaftlichen, kunst- und bildungspolitischen Arbeit im vorgesehenen Gedenkort beginnen. Die Sachzwänge baulicher und verwaltungstechnischer Art verhinderten dies jedoch. Im Herbst und zum Internationalen Holocaustgedenktag mussten die inhaltlichen Veranstaltungen in einem Ausweichquartier stattfinden.

(<http://www.berliner-woche.de/kreuzberg/bildung/dem-vergessen-entzogen-fontanepromenade-15-wird-erinnerungsort-d140815.html>)

Ein Gedenkort ohne Obdach – das war das Ergebnis von vier Monaten Verhandlung, wobei sich zunehmend herauskristallisierte, dass ein Mietvertrag mit dem Verein ‚Gedenkort Fontanepromenade 15 e.V.‘ von den Verwaltungsaristokraten offensichtlich nicht gewünscht ist.

In ihrer Pressemeldung stellt der Verein fest: „Die Senatskulturverwaltung, die im Dezember 2017 den Gedenkort Fontanepromenade 15 e.V. um jeden Preis aus den Vertragsverhandlungen verdrängen wollte, steht vor einem Scherbenhaufen und kann den vom Parlament - und von ihrem eigenen Kultursenator - politisch gewünschten Gedenkort, der die Zwangsarbeit der Berliner Juden 1938 bis 1945 vom Ort der damaligen zentralen Dienststelle des Arbeitsamts aus in der Bildungsarbeit thematisieren soll, nicht verwirklichen.“

Dazu kam ein weiteres Politikum. Der Eigentümer ist offenbar weiterhin verhandlungsbereit, steht aber offensichtlich vor einem steuerrechtlichen Problem: die Vorsteuerabzugsfähigkeit der Finanzverwaltung erlaubt nur die gewerbliche Nutzung der Büros. Soziale und kulturelle Projekte werden damit generell benachteiligt bei der Anmietung von kulturell relevanten Räumlichkeiten.

Dem Projekt ‚Fontanepromenade 15‘ wurde so auf zweierlei Weise die Basis entzogen: zum einen durch die Fiskalisierung von Kultur-Projekten, zum anderen durch die Gentrifizierung dieses geschichts-politisch bedeutungsvollen Ortes.

„Einen polit-kriminellen Akt, ein Lehrbeispiel von Hatespeech und Fakenews“ nennt es der Initiator des Baustopp-Aufrufes.

Die Gedenk-Arbeiter haben nichts falsch gemacht. Sie bleiben bei ihrer inhaltlichen Ausrichtung. Ihr Gegenmittel gegen Abstrafung durch das Verwaltungshandeln der Obrigkeit ist ihr weiterhin kompetentes bürgerschaftliches Engagement für den Gedenkort. Ohne Obdach, unterstützt von Zeitzeugen unter Mitarbeit der naheliegenden ‚Fraenkelufer Synagogen-Gemeinde‘ haben sie ihre Bildungs- und Forschungsarbeit begonnen. Im benachbarten Curt Bejach-Gesundheitshaus in der Urbanstraße 24 (haben sie ihr temporäres Domizil. Die Forschungsarbeit, begonnen am „heimischen Herd“, war Gegenstand der ersten Veranstaltung im Rahmen ihrer Reihe „Zwangsarbeit von verfolgten Berliner Juden“ die bis Ende Mai geht. Dort stellten sie erste Ergebnisse ihrer Recherche zu Berliner Zwangsarbeiterbetrieben vor und Vera Friedländer, die über ihr Zwangsarbeit in der Schuhfabrik in bei Salamander in Berlin erzählte und über die Recherchen zu ihrem Buch: Ich war Zwangsarbeiterin bei Salamander“ berichtete. (Auszug aus ihrem Vortrag. Hier zum Reinhören: <https://youtu.be/reefb2Vkk-k>)

Die Veranstaltungen gehen noch weiter (siehe Anhang ‚Veranstaltungen‘
<https://drive.google.com/file/d/14QP58-3cVtBfqvYKoYGWlvKR022WujnM/view?usp=sharing>)

Allen Unkenrufen zum Trotz ist ihre Hoffnung ist, dass sich der politische Wille des Haushaltstitel zu Gunsten der Basisinitiative, dem Gedenkort Fontanepromenade 15 zu geschlagen wird und die „Geschichts-politischen Tanker“ nicht die Idee der Initiative der Bürger entern.

Die Gefahr besteht im Moment. Ein Gesprächstermin mit dem Geld-Transferegeber für die Mittel aus dem Berliner Haushalt, Stiftung Topographie des Terrors, steht aktuell noch an.

*****Artikel Ende *****

Alle Rechte beim Fotografen Lothar Eberhardt, Quellenangabe kappa photo
Rückfragen und Kontakt: m:0176 420 32 610 oder lebgut@web.de